

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60 monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 109.

Mittwoch, den 11. Mai 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Adtsamkeit

bei Aufstellung der Wählerlisten

Bei hiermit dringend empfohlen. Insbesondere ist auch darauf zu achten, daß diejenigen wahlberechtigten Personen, welche nicht dauernd im Wahlkreise wohnen, aber gegenwärtig in der Sommerzeit als Saisonarbeiter in demselben ihren Wohnsitz haben, in die Wählerlisten eingetragen werden. Es gilt dies beispielsweise von Bauarbeitern, landwirtschaftlichen Biegearbeitern und dergl. Das Wahlgesetz verlangt nur, daß die Wähler in dem Wahlkreise „zur Zeit ihren Wohnsitz haben“ und macht daher das Wahlrecht in keiner Weise von einem längeren vorhergehenden Wohnsitz abhängig.

Wie agitieren wir?

Einer der bekanntesten Parlamentarier unserer Partei schreibt dem „Vorwärts“:

Die Grundlage aller Agitation ist die Organisation. Die Sozialdemokratie kann sich das Zeugnis ausstellen, daß sie es an Organisation bisher nicht hat fehlen lassen. Dieses Zeugnis stellen ihr selbst ihre Gegner aus. Aber wir müssen auch suchen, unsere Organisation auf den Gipfel der Vollkommenheit zu bringen. Ob sie das schon ist, ist eine andere Frage.

In erster Linie handelt es sich bei unserer Agitation darum, neue Anhänger der Partei zu gewinnen und zu diesem Zweck bis in die äußersten Winkel der Wahlkreise vorzubringen. Zu diesem Zweck ist nötig, daß wir überall Vertrauensmänner haben, welche die Stützpunkte für die Agitation bilden, die Einberufung der Versammlungen, die Verbreitung der Wahlflugblätter und Stimmzettel organisieren und am Wahltag die Wahlhandlung überwachen. Wie sehr letzteres notwendig ist, dafür liefern die Verhandlungen des Reichstages über die Wahlprüfungen Material in Menge.

Die Hauptstützpunkte in der Organisation und Agitation sind naturgemäß die Städte; sie sind der Sitz der Zentralkomitee in den einzelnen Wahlkreisen und von der Thätigkeit dieser Zentralkomitee hängt sehr wesentlich der Erfolg der Wahl ab. Da diese Arbeit aber eine große ist und schwere Zeitopfer erfordert, empfiehlt es sich, in denjenigen Wahlkreisen, in welchen kein vollständig unabhängiger Mann vorhanden ist, der dieses Geschäft übernimmt, eine geeignete Person zu bestimmen, die für die Dauer der Wahlarbeit für ihre Mühe und Opfer eine entsprechende Geldentschädigung erhält.

Wir müssen verlangen, daß im Wahlkampf jeder entsprechend seinen Kräften opfert, aber wir dürfen nicht von dem wirtschaftlich Schwachen ein Uebermaß von Opfern fordern. Das wäre nicht nur ungerecht, darunter leidet auch die Wahlarbeit, die freudig und prompt gethan werden muß.

Eine sehr wichtige Angelegenheit ist die Organisation der Einsicht in die ausliegenden Wählerlisten. Bekanntlich hat nur der Wahlberechtigte das Recht zu wählen, dessen Name in der Wählerliste steht. Erfahrungsmäßig sind aber die Wählerlisten in Bezug auf die Namen der Arbeiterwähler meist sehr mangelhaft. Diese haben also ein besonderes Interesse, sie einzusehen. Da dieses aber bei der großen Zahl der Wähler schwer durchführbar ist, muß diese Durchsicht in der Art organisiert werden, daß in den Werkstätten, Fabriken und Wohnhäusern, in denen eine große Anzahl Arbeiter und Gesinnungsgenossen wohnen, oder für die einzelnen Straßen und kleineren Orte eine bestimmte Person ernannt wird, welche die Durchsicht der Listen im gemeinsamen Auftrag übernimmt.

Auch sollten dort, wo es nicht aus eigener Initiative der betreffenden Behörde geschieht, die Komitees das Ersuchen stellen, daß die Wählerlisten auch während eines Theiles des Sonntags ausliegen, um den Wählern, die in der Woche keine Zeit haben oder von Hause abwesend sind, die Möglichkeit zu geben, die Listen einzusehen.

Es ist notwendig, daß durch die Parteipresse, und wo keine solche besteht, durch Aufforderung in dem

Annoncentheil der gegnerischen Presse, sowie durch entsprechende Hinweise am Schlusse der Wählerversammlungen und der Wahlflugblätter auf die Wichtigkeit der Einsichtnahme der Listen aufmerksam gemacht wird. Hierbei ist auch der Ort, an welchem die Listen, wie die Zeit, während der sie ausliegen, anzugeben.

Wie schon hervorgehoben, handelt es sich bei der Wahl für uns wesentlich mit darum, in möglichst viele neue Gebiete einzubringen, um Anhänger zu gewinnen. Hierüber darf aber die Agitation in den Wahlkreisen, die uns seitens der Gegner nicht mehr entrisen werden können, nicht vernachlässigt werden. Nicht allein ist es vom Uebel, **allzu siegesgewiß zu sein und sich dadurch einzuschlafen**, es handelt sich für uns auch darum, entsprechend der gestiegenen Wählerzahl in diesen Wahlkreisen eine entsprechende Zunahme der Stimmen zu erhalten. Es genügt nicht, daß wir siegen, wir müssen mit möglichst großer, mit erdrückender Stimmenzahl siegen. Diesem Zweck entsprechend muß die Organisation in diesen Wahlkreisen ausgebaut werden. Die großen Städte und Industriebezirke mit ihrer Aufhäufung von Wählermassen können die Agitation am leichtesten betreiben, von ihnen muß also verlangt werden, daß sie in dem angeedeuteten Sinne ganz besondere Anstrengungen machen und dadurch zeigen, daß sie nicht auf der Wärenhaut gelegen haben.

Die Wahlagitiation soll aber auch ein Mittel sein, die Wähler nicht nur vorübergehend, sondern dauernd an uns zu fesseln. Wir müssen sie für die Partei und die Arbeiterorganisationen zu gewinnen suchen. Es ist also erforderlich, nicht nur in den Wahlversammlungen hierfür zu wirken, sondern auch sie zu Lesern unserer Parteipresse und zu Abnehmern unserer Parteibroschüren zu machen. Nur dadurch allein können wir sie nach allen Richtungen aufklären und aus Mitläufern zu überzeugten Sozialdemokraten machen.

Hierin ist im Gegensatz zu den ersten Jahrzehnten der Bewegung im letzten Jahrzehnt viel zu wenig geschehen. Unsere Presse würde weit besser stehen, unsere Broschüren und Schriften würden weit zahlreicher abgesetzt werden, machten es sich die Parteigenossen zur Aufgabe, in jeder Versammlung sowohl zum Abonnement unserer Parteiorgane und zum Kaufe von geeigneten Schriften und Broschüren aufzufordern, wie auch, durch Verteilung von Zeitungsexemplaren, Ausgabe von Aufforderungen und Schriftenverzeichnissen durch sowie Ankündigung in den Flugblättern dafür Propaganda zu machen.

Hierin ist bisher meist schwer gesündigt worden, indem man viel zu wenig oder nichts that. Und doch giebt es keine Gelegenheit, bei der so wirksam für die Verbreitung unserer Presse und Literatur gewirkt werden kann, als die Wahlagitiation.

Es kann allerdings kaum bestritten werden, daß in den letzten Jahren die Organisation für die Verbreitung unserer Presse und Literatur an vielen und maßgebenden Orten eine Gestalt angenommen hat, die dieser Verbreitung nicht förderlich war. Man hat in den einzelnen Orten und Wahlkreisen viel zu sehr Bedacht darauf genommen, Gewinn aus der Verbreitung von Presse und Literatur zu ziehen, und dabei die Hauptsache übersehen, daß weit wichtiger als ein paar hundert Mark Gewinn daraus zu ziehen, ihre viel weitere Verbreitung in den uns bisher nicht zugänglichen Kreisen ist. Diese Verbreitung wird aber durch die bisher vielfach beliebte Organisation der Kolportage schwer gehindert.

Hierüber einmal gründlich sich auszusprechen sollte Aufgabe des nächsten Parteitags sein.

Es empfiehlt sich ferner in der Agitation durch Reden und Flugblätter möglichst sachlich zu sein. Die Partei hat in ihrem Programm, in den wirtschaftlichen und politischen Zuständen der Gegenwart und in den Fehlern und Sünden der bürgerlichen Parteien ein so außerordentlich umfangreiches Themamaterial — das zeigt schlagend der Inhalt des Handbuchs für sozialdemokratische Wähler —, daß unsere Redner und Flugblattschreiber nicht nötig haben, zu der Kampfweise zu greifen, der sich vielfach unsere Gegner

schuldig machen, indem sie gehässig und persönlich werden. Daß man einen Gegner, der gegen uns gemein und ausfallend wird, scharf in die Schranken zurückweist, ist selbstverständlich.

Als Vorkämpfer für eine höhere Kulturentwicklung und eine menschenwürdigere Staats- und Gesellschaftsordnung können wir die kleinliche Kampfweise entbehren, ohne welche ein großer Theil unserer Gegner einen Geisteskampf nicht führen kann.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, empfiehlt es sich auch, unter allen Umständen gegnerischen Wählerversammlungen fern zu bleiben, falls unsere Gegner feige und erbärmlich genug sind, uns von dem Besuch derselben ausdrücklich auszuschließen. Sie geben uns dadurch nur eine Waffe mehr in die Hand. Wir brauchen nur in den Versammlungen und Flugblättern auf dieses feige Verhalten hinzuweisen und die Wählerschaft weiß, woran sie ist.

Außerdem zeigt unser eigenes Verhalten durch Zulassung der Gegner zur Diskussion in unsern Versammlungen, auf welcher Seite die höhere und würdigere Kampfweise geliebt wird.

Daß das Einbringen in gegnerische Versammlungen wider den Willen der Einberufer derselben auch unter Umständen strafrechtliche Folgen haben kann, soll nur nebenbei erwähnt werden. Aus der Absicht, den Kampf zu führen, so wie er geführt werden muß, sachlich und anständig, empfiehlt es sich, falls unsere Gegner Parteiversammlungen einberufen, aber Angehörige anderer Parteien als Gäste einladen, keinen Streit über die Wahl des Bureaus zu beginnen. Es ist in einem solchen Falle selbstverständlich, daß die Einberufer alsdann auch die Leitung der Versammlung in der Hand haben. Daß es dabei oft sehr ungerecht zugehen wird, ist wahrscheinlich, alsdann protestire man gegen einen solchen gemeinen Unfug und verlasse das Lokal.

Schließlich darf keinen Augenblick aus den Augen verloren werden, was in diesem Wahlkampf, insbesondere für die Arbeiterklasse auf dem Spiele steht, und so muß unser Kampf derart gehalten werden, daß in den Wahlkreisen, in denen wir gegen unsere Gegencandidaten zu kämpfen haben, wir nicht den linksstehenden mehr bekämpfen als den rechtsstehenden, der unser Hauptfeind ist, und der, falls er in der engeren Wahl gewählt würde, uns unsere verkehrte Taktik durch Beseitigung des bestehenden Wahlrechts und ähnliche Schurkereien eintränken würde.

Unsere Losung sei: Kaltes Blut, frischen Muth und drauf und dran!

Zeichen der Zeit.

Hungerrevolten und Tumulte, Aufmärsche und Brodtkrawalle in Spanien und Italien meldet uns der Telegraph in solcher Menge, daß man das Ganze gar nicht mehr übersehen kann. Ohne Zweifel sind diese Erscheinungen, wie wir schon ausgeführt, zum Theil Wirkungen des spanisch-amerikanischen Krieges und der damit verbundenen Verkehrs- und Handelsstörungen. Damit ist aber die ganze Erscheinung nicht abgethan oder auch nur erklärt. Namentlich in Italien, wo es zweifellos auch ohne den Seekrieg der Spanier und Amerikaner zu Katastrophen gekommen wäre. In Italien, besagen die neuesten Meldungen, herrsche an vielen Orten ein förmlicher Revolutionszustand und die Aufregung der Bevölkerung sei nicht durch die Getreidetheuerung und die hohen Brodpreise allein veranlaßt. Dort erhebe das Volk leidenschaftliche Anklagen gegen das Regierungssystem und sei überzeugt, daß bei dem Egoismus der herrschenden Klassen von oben herab gar nichts mehr zu erwarten sei. Die Ausfugung des Landes durch ein drückendes Steuerhystem und die ganzen sozialen Ungerechtigkeiten seien mit eine Ursache der Unruhen.

In der That, wer die Dinge nicht ganz oberflächlich ansehen will, dem kann nicht verborgen bleiben, daß die Ursachen dieser Bewegungen tiefer liegen als bei ähnlichen Anlässen. Der Hunger, dieser nimmermüde Revolutionär, giebt nur den Anstoß; die von demselben gequälten Menschen aber trachten nicht einseitig danach, sich den knurrenden Magen zu füllen; es steigen ihnen auch aller-

lei Gedanken auf über diese famose Weltordnung, von welcher der englische Dichter sagt:

Ach Gott, daß Brod so theuer ist
Und so wohlfeil Fleisch und Blut?

und aus den Hungerrevolten wird eine Aufbaumur; gegen die sozialen Ungerechtigkeiten über- haupt. Auch in den herrschenden Klassen scheint man im Hundert Orten endlich begriffen zu haben, daß es nicht „Agitation“ und „Aufhebung“ ist, was solche Be- wegungen hervorbringt, denn aus Italien wird ausdrück- lich telegraphirt, daß die Sozialisten sich strikte jeder Aufreizung enthalten. Als ob es sonst die Geflogenheit der Sozialisten wäre, zu Brodtrawallen aufzubrechen! Die Sozialisten werden in Italien jetzt dar- mit beschäftigt sein, die hungernden, von dem Ausbeu- tungssystem und der Erbarmungslosigkeit der herrschenden Klassen zur Verzweiflung getriebenen Menschen vor un- sinnigen Ausschreitungen zu rüch zu halten; indessen wird man, wenn solche doch vorkommen, wieder zu dem alten bewährten Mittel greifen, die Sozialisten als deren Urheber zu bezeichnen, wenn nur erst die offiziellen Pres- banditen sich von ihrem Schreck wieder erholt haben.

Die italienische Regierung hat die Getreidezölle für zwei Monate aufgehoben, allein mit dieser Maßregel ist nicht geholfen, es ist nur eine verhältnismäßige Erleichterung geschaffen. Die Bewegungen sind ein Symptom der sich auflösenden Gesellschaft; sie sind ähnlich wie die Bauernbewegung in Ungarn der Beweis für die voll- kommene Unhaltbarkeit des herrschenden Systems. Charakteristisch ist dabei, daß diese Bewegungen am stärksten in denjenigen Ländern sind, wo die Industrie sich noch nicht so entwickelt hat, wie etwa in England, Frankreich und Deutschland, sondern wo noch halb- feudale Agrarzustände überwiegen. Diese ver- rotteten Zustände werden natürlich früher unmöglich, als der industrielle Kapitalismus, der noch theilweise in auf- steigender Linie begriffen ist, während die Reste des Feudalismus nur noch als Ausnahmen bestehen können und unfehlbar dem Untergang verfallen sind.

Außer der Herabsetzung der Zölle haben die Regie- rungen nur noch ein Mittel: Belagerungszustand und blaue Bohnen!

Beides kommt in Spanien und in Italien zur An- wendung und mit diesem „alten Rezept“ — mit Lord Byron zu reden — ist die ganze Staatsweisheit dieser kläglichen Regierungen erschöpft. Wenn auch die Bewegungen für den Augenblick zum Stillstand gebracht werden sollten, die alte Ausbeutungsmaschine arbeitet unverdrossen weiter und nach einiger Zeit steht man wiederum genau wieder vor demselben Problem.

In diesen so sehr ausgefogenen und zurückgebliebenen Ländern, wo durch eine jahrhundertlange Mißwirtschaft oft jede Wendung zum Besseren unmöglich gemacht worden ist, bevor das herrschende System zusammenbricht, da müssen sich die Symptome der Auflösung und des Ver- falles zuerst und am deutlichsten zeigen.

Man sieht an diesen Beispielen, wie elend die konser- vative Auffassung an dem Fels der thatsächlichen Ver- hältnisse Schiffbruch leidet. Fene konservativen Staats- männer, Crispi, der ehemalige Revolutionär, und Ca- novas, der starre Junker, waren einst das Entzücken der herrschenden Klassen ihrer Länder lange Zeit hin- durch, weil sie mit einem starren Festhalten am Ver- alteten, mit einem reaktionären Terrorismus den Regungen der nach Erlösung aus ihrer Noth schmachtenden Volks- masse entgegengetreten sind.

Und heute? Der eine dieser Staatsmänner, der heute so schwer belastete Crispi, ist von dem Gewicht seiner Sünden zu Boden gedrückt, von der Entrüstung der Nation bei Seite geschleudert worden. Canovas würde, wenn er nicht durch den Dolch eines Fanatikers geendet, heute demselben Schicksal verfallen; die Wogen des nationalen Bornes würden ihn hinwegschwemmen.

Weder Belagerungszustand noch sonstige Gewaltmaß- regeln können zusammenhalten, was auseinanderfällt in Folge sozialer Gährungsprozesse, die aus der Klassen- herrschaft entstehen.

Wer genau beobachten kann, der wird finden, daß die alte Gesellschaft in Europa überhaupt einen hippo- kratischen Zug hat. Nur die einzelnen Krankheits- ercheinungen sind in den einzelnen Ländern verschieden; in Frankreich äußern sie sich durch Korruptionskatastrophen, in Deutschland durch Beutezüge der Junker, in Italien und Spanien durch Hungerrevolten, in Ungarn durch Polizeischreckereien.

Will man aus dem Heutigen auf die Zukunft schließen, so wird es wahrscheinlich, daß alle diese Erscheinungen nur die Glieder einer langen Kette von Erschütterungen sind, welche langsam aber sicher in ununterbrochener Reihenfolge die Auflösung des alten Zustandes bewirken. Die Weltgeschichte arbeitet nicht nach Schablonen und es ist nicht notwendig, daß die alte Gesellschaft unter dem Niesenfeuerwerk einer Katastrophe, wie sie am Ende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich vor sich ging, ver- schwindet. Zahllose kleine Erschütterungen unterhöhlen den Boden schließlich auch.

Unter diesen Umständen wäre es den herrschenden Klassen sogar verhältnismäßig leicht gemacht, durch zeit- gemäße Reformen dem Gang dem Entwicklung ruhigere Bahnen zu ebnen. Aber das geschieht durchaus nicht; man sträubt und sperrt sich auf's Aeußerste.

Darum fällt auch die Verantwortlichkeit für Alles, was kommen wird, mit voller Wucht auf die Schultern Jener, die im Besitze der Vorrechte den höheren Pflichten, die ihnen das Gesamtinteresse auferlegt, nur einen ver- tüchteten Egoismus entgegengesetzt haben.

Wenn die blauen Bohnen und der Belagerungs- zustand triumphiren, dann mag es für den Augenblick Ruhe geben. Aber wie lange?

Politische Mundschau.

Deutschland.

Das Reichstagswahlrecht darf selbstverständlich jetzt, kurz vor den Reichstagswahlen, um keinen Preis in Gefahr sein. In rührendem Wettstreit sind die Blätter derjenigen Parteien, die es lieber heute als morgen beseitigen möchten, zu beweisen bemüht, dieses Wahlrecht sei so sicher, wie „die Bibel auf dem Altar“. So wendet die „Röln. Ztg.“ sich gegen die in letzter Nummer unseres Blattes wieder- gegebene Mitteilung des Centrumsabgeordneten Müller- Fulda, wonach das Gesetz über die Abänderung des Wahlrechts zum Reichstage schon seit dem vorigen Sommer fertig ausgearbeitet da liege und es gar keinem Zweifel unterliege, daß es dem Reichstage vorgelegt werde, sobald ein bewilligungslustiger Reichstag vorhanden sein wird.

Die „Röln. Ztg.“ versichert, das sei nicht wahr und „nur ein Wahlmanöver“; an die Beseiti- gung des allgemeinen Wahlrechts denke kein ver- nünftiger Politiker! Dasselbe Blatt aber hat in Gemeinschaft mit anderen Kartellblättern, im Laufe der Jahre wer weiß wie oft die Beseitigung dieses Wahlrechts gefordert. Wir erinnern nur an folgende Aeußerung:

„Ueber keine Frage besteht in den gebildeten Kreisen der deutschen Nation eine solche Einmütigkeit des Urtheils wie über die Verwerflichkeit des allgemeinen und gleichen Stimmrechtes. Unser Reichstagswahl- recht hat wohl noch blinde Verehrer, aber keine verstandes- klaren Vertheidiger. Niemand macht auch nur den schäfersten Versuch, die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit des allge- meinen und gleichen Wahlrechtes zu bestritten. Die Meinungsverschiedenheiten unter den urtheilsfähigen Politikern fangen erst an, wenn man die Frage näher tritt, ob es an- gänglich sei, das einmal bestehende Wahlsystem umzustossen, und welche Verheilung der Wahlrechte, welche Gliederung der Volks- kräfte an seine Stelle zu treten habe.“

Mit anderen Worten: Das bestehende Reichstags- wahlrecht wird abgeändert, sobald man dafür die Mehrheit hat. Und wo steht dieser Satz? In der „Rölnischen Zeitung“ vom 27. Mai 1890.

Herr von Buol will, so meldet die „Rölnische Volks- zeitung“, nicht wieder zum Reichstage kandidiren. Herr von Buol ist im 14. Wäldischen Wahlkreise gewählt worden und seit 1884 bereits Mitglied des Reichstages. Er ist seit 1895 erster Präsident des Reichstages und hat diese Ehrenstelle zum Beifall aller Parteien ausgefüllt. Man wird vielfach bedauern, daß Herr von Buol nicht wieder kandidiren will. Er ist erst im Alter von 56 Jahren.

Der Wahlantritt des Centrums, unterzeichnet von Gröber, Lieber, Hertling, Schädler, Hompech u. c., wird von den Organen der Partei ver- öffentlicht. In demselben heißt es zunächst:

„Wiederum haben die Wähler über diejenigen Männer zu entscheiden, welchen sie ihr Vertrauen schenken wollen. Von ihnen hängt es ab, ob die Centrumsfraktion in Zukunft dieselbe ehrenvolle Stellung wird behaupten können wie bisher, welche ihr wenigstens die Abwehr uns unannehmbarer Gesetze ermöglichte.“

Eine recht unvorsichtige Aeußerung. So viele Gesetze schon hat das Centrum als unannehmbar bezeichnet, um sie, in Konsequenz politischer Schachergeschäfte, hinterher doch anzu- nehmen. Man erinnere sich an die Flotten- vorlage!

Der Aufruf fährt fort: „Die Centrumpartei ist gegründet als politische Partei zur Vertheidigung der kirchlichen Rechte, zur Wahr- nung der politischen Freiheiten und zur Förderung der wirt- schaftlichen Interessen des deutschen Volkes, insbesondere der deutschen Katholiken. Das war unentwegt die Richtschnur unseres Wirkens in der verflochtenen Legislatur- periode.“

Wir halten fest an der Verfassung des Deutschen Reiches. Wir wahren tren die Rechte des Kaisers, der verbündeten Fürsten und der Einzelstaaten. Ebenso unerschütterlich wahren wir die Rechte des deutschen Volkes und seiner Vertreter. Angriffe auf diese Rechte, insbesondere auf das allgemeine gleiche unmittelbare und geheime Wahlrecht zum Reichs- tag oder den Reichstag selbst werden alle Zeit an uns wie bis- her entschlossene Gegner finden.“

Na, na! Das Centrum wird dieses Wahlrecht nur so lange vertheidigen, als es ein Interesse daran hat. Was das „Festhalten“ an verfassungs- mäßigen Rechten anbelangt, so hat das Centrum erst vor wenig Wochen den Beweis solchen Festhaltens dadurch erbracht, daß es (bei der Flottenvorlage) das Budgetbewilligungsrecht des Reichstages in erheblichem Maße preisgegeben hat.

Es wird dann hingewiesen auf das Bestreben des Centrums, die noch bestehenden Kulturkamp- fgesetze zu beseitigen.

Weiter heißt es: „Wir wollen weise Sparsamkeit auf allen Gebieten des Reichshanshaltselats, namentlich auch bei dem Heere und der Flotte. Wir dürfen auf die Erfolge unseres Strebens hinweisen: die zweijährige Dienstzeit im Heere ist erreicht, neue Steuern, namentlich solche, welche die breiten Volks- massen weiter belastet haben würden, sind abgewehrt, der steigenden Verschuldung des Reiches ist Einhalt gethan, und mit der Tilgung der Schulden ist ein Anfang gemacht. Zugestimmt haben wir nur der neuen Bodensteuer. Erreicht ist auf anderen Antrag eine wenigstens mäßige Erhöhung der Unterstützung unserer Kriegsinvaliden und ihrer Hinterbliebenen.“

Dem Centrum wird hier ein Lob gespendet, daß es nur in sehr eingeschränktem Maße und zum Theil gar nicht verdient. Es hat nichts gethan, dem ungerechten System der indirekten Steuern ein Ende zu machen. Es vertheidigt dieses System

grundsätzlich. Bei der Flottenvorlage war es für die progressive Reichseinkommensteuer, die von den Sozialdemokraten gefordert wurde, nicht haben. Es hat die „Liebesgaben“ an Braantweibrenner und Ruderproduzenten mit bewilligt. Bei der Frage der Erhöhung der Unterstützung der Kriegsinvaliden und deren Hinterbliebenen hat das Centrum lediglich den Forderungen gefolgt, die seit von der Sozialdemokratie erhoben worden sind.

Der Aufruf hebt weiter die „Verdienste“ des Centrums um das Zustandekommen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, des Margarinegesetzes, der Militärfraziprozedurordnung u. hervor; ferner sein Eintreten für die Kunstler und für die Interessen der Arbeiter. Den Schluß bildet ein Appell an die Einigkeit:

„Alle Mitglieder der Fraktion sind der festen Ueberzeugung, daß streitige Einzelfragen niemals einen Grund abgeben dürfen, um den Bestand oder die Einigkeit der Fraktion zu beeinträchtigen. Die feste Geschlossenheit unserer Reihen ist heute so notwendig wie je. Unsere Gegner vor rechts und links stehen gemeinam uns gegenüber. Die Politik der Sammlung bezieht die Veränderung des Centrums aus dem ausschlaggebenden Stellung im Reichstage. Wie früher, so stehen wir auch jetzt allein und werden nur aus eigener Kraft unsere Stellung zu behaupten haben. Einmal verloren, würde dieselbe in absehbarer Zeit nicht wieder zu gewinnen sein. Würden die Lehren des Kulturkampfes vergessen, so wären die Früchte unserer Anstrengungen seit fast einem Menschenalter rasch dahin. Der Kampf gegen den Laubewah und die Wahngelassen der Sozialdemokratie, gegen den kirchlichen Liberalismus und gegen jenen Konse- vatismus, welcher einer einseitigen Interessenpolitik sich nicht versagt und sein Ziel in der Beschränkung der Freiheiten und Rechte des Volkes sucht, erfordert nach wie vor den Bestand der Centrumsfraktion.“

Weite Kreise der seitherigen Centrumsmitglieder, beson- ders in Süddeutschland, denken darüber bekanntlich anders. Ueber die sogenannten „Wahlkreise“ der Sozialdemokratie wird das Centrum den Sieg nicht davon tragen.

Eine verächtliche jesuitische Verdringung leistet die ultramontane „Rölnische Volkszeitung.“ Dem Centrum, welches sich bei der Getreidezoll-Inte- pellation auf die Seite der agrarischen Brodwucher gestellt hat, ist offenbar die nicht unbegründete Befürchtung gekommen, daß sein volksfeindliches Verhalten sich schwer rächen könne. Deshalb macht das rheinische Centrumsblatt bereits einen Versuch, den schlimmen Ein- druck, den dieses Verhalten auf weite Kreise seiner eigenen Wähler hervorgerufen hat, abzuschwächen. Da- statt stellt die infame Behauptung auf, daß die Inte- pellation nur erfolgt sei, um Beunruhigung zu erzeugen und Agitationsmaterial für die Wahlen zu gewinnen.

„Es war unschwer vorauszu sehen,“ so schreibt die „Röln. Volksztg.“, „daß die Gegner der Land- wirtschaft aus dem ablehnenden Bescheid der Reichs- regierung auf die sozialdemokratische Anfrage im Reichs- tage hinsichtlich der Aufhebung der deutschen Getreidezölle möglichst viel Kapital zu schlagen ver- suchen würden, da ja die Reichstags- wahlen vor der Thüre stehen. Daß sie durch eine derartige Agitation in weiten Kreisen Beunruhigung erzeugen, kümmert diese Leute wenig, um so mehr ist es Pflicht der Presse, durch Aufklärung be- ruhigend zu wirken.“

Die beste Aufklärung giebt die Thatsache, daß da- Brod von Tag zu Tag theurer wird.

Weiter verlohnt es sich nicht, auf den jesuitischen Annäher einzugehen.

Ausnahmegesetz oder nicht? Dem „Hamb. Corre- spondenzblatt“ wird offiziös aus Berlin geschrieben:

„Es ist vielfach bemerkt worden, daß der Staatssekretär Reichsamtes des Innern, Graf Posadowsky, nentlich im Reichstage bei der Erwiderung gegen die Abgg. Liebknecht und Bebel zwar erklärte, daß ein Ausnahmegesetz wider die Sozialdemokraten nicht in Aussicht stehe, ab- einschränkend hinzufügte, „zur Zeit“ und „gegenwärtig“ sei es nicht der Fall. Nun tauu man sich allerdings in der Politik nicht für alle Ewigkeit festlegen, aber aus Gesprächen mit Personen, die zur Umgebung des Reichsanzlers Fürst zu Hohenlohe gehören, haben wir den bestimmten Eindruck gewonnen, daß der Fürst die Wiedereinführung eines Sozialste- gesezes überhaupt für einen schweren politischen Fehler erachtet, der die revolutionären Elemente in der Sozialdemokratie stärken, die Partei als solche kräftigen und viel Entfuss aus dem radikal-liberalen Lager zuführen würde. Der Reichsanzler wird, das ist unsere Ueberzeugung, lange er im Amte bleibt — und bei der Rüstige- Friische und Arbeitsfreudigkeit des Fürsten Hohenlohe erfindlicherweise an einen neuen Mittelweg nicht zu denken, dem Kaiser nicht empfehlen, der vielfach hervortretenden Be- strebung, ein neues Sozialsteuergesetz zu schaffen Raum zu gewähren.“

Zugegeben, „Antel Chlodwig“ nehme wirklich die Stellung ein, so wird es sich doch fragen, ob der Einfluß gewisser anderer Personen nicht stärker ist als der sein- Daß Bestrebungen, ein neues Sozialsteuergesetz zu schaffen, vielfach hervortreten, wird ja offen zugegeben. Die Politiker, die diesen Bestrebungen hulbigen, sind bekannt. An ihrer Spitze stehen Fürst Bischoff und Frhr. v. Stumm u. c.

Ob es auf ein förmliches Ausnahmegesetz abgesehen ist, oder nicht, das ist ziemlich nebensächlich. Thatsache ist, daß die offizielle Reaktion und ihre Bundesgenossenschaft unausgesetzt darauf sinnen, wie unter der Borwand der „Umsturzbelämpfung“ das arbeitslose Volk politisch rechtlos zu machen ist. Man braucht keine besonderen Ausnahmegesetze, um das arbeitende Volk unter dem Scheine der „Gleichheit im gemein- schaftlichen Recht“ einer unterdrückenden Ausnahmebehandlung zu unterwerfen.

Zur Lebensmittelvertheuerung. Nach den Angaben der amtlichen preussischen Statistischen Korrespondenz kostete für 1000 Kilogramm Markt im April 1898 geg-

April 1897 im Durchschnitt des ganzen Staats (pro 1000 Kilogramm Markt) Weizen 204 gegen 154, Roggen 149 gegen 115, Gerste 159 gegen 126, Hafer 156 gegen 128, Erbsen zum Kochen 156 gegen 128, Speisebohnen 222 gegen 206, Kartoffeln 54 gegen 47,7; für Werminge ein Kilogramm: Fleisch im Kleinhandel, Rind von der Keule 135 gegen 134, vom Bauch 115 gegen 113, Schweinefleisch 137 gegen 127, Kalbfleisch 127 gegen 123, Hammel 126 gegen 122, geräucherter Speck, inländischer 158 gegen 150, Weizenmehl 37 gegen 29, Roggenmehl 29 gegen 23, Schock Eier 303 gegen 294. — Die Getreidepreise sind in Berlin am Montag weiter in die Höhe gegangen, Weizen und Roggen um etwa 2 bis 3 Mk., für den Zuliefertermin Weizen um 8 Mk., September um ca. 6 Mk., Roggen gewann für September 4 bis 5 Mk. In Liverpool ist der Weizen in Folge französischer Anläufe um ca. 18 Mk. pro Tonne gestiegen. Newyork und Chicago gingen in der Preissteigerung voran. Die Landwirtschaftskammer notirt für Berlin Weizen mit 249, Roggen mit 178,50 Markt.

Frankreich.

Die Kammerwahlen haben am Sonntag stattgefunden und sich im Allgemeinen sehr ruhig abgewickelt, wie ja überhaupt der vorausgegangene Wahlkampf keine sonderliche große Erregung mit sich gebracht hat. Nach den bisher vorliegenden telegraphischen Nachrichten, die eine summarische Uebersicht über die Ergebnisse geben, sind 566 Wahlergebnisse bekannt. Danach wurden gewählt: 193 Republikaner, 104 Radikale, 41 Sozialisten, 47 Monarchisten; 189 Stichwahlen sind erforderlich. Die Republikaner gewinnen 22 Sitze und verlieren 16, die Radikale gewinnen 8 und verlieren 11, die Sozialisten 6 resp. 4, die Monarchisten 4 und 3.

Von den bekannteren Sozialisten werden als wiedergewählt gemeldet: Millerand, Paulin Merly, Dejeante, Groussot, Rouanet, Mésureur, Wasly, Jules Guesde und Faure's sind leider unterlegen, letzterer in dem vielbenannten Carmaux, wo die Bande Messguier's, des französischen Stumm, in der fürchterlichsten Weise seit lange gegen Faure's gearbeitet hat. Die Niederlage Faure's war Anlaß zu lebhaften Kundgebungen. Wie der Telegraph bereits wissen will, werde Faure's bei den Stichwahlen in einem sicheren Wahlkreise aufgestellt.

Bei der großen Zahl der notwendigen Stichwahlen läßt sich ein Gesamtüberblick über das Wahlergebnis vorläufig noch nicht gewinnen.

Libeck und Umhergebierte.

10. Mai.

Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torkuhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Den Möbelfabrikanten ist noch kurz vor dem Ziele die Rüste ausgegangen. Sie haben es, vermutlich auf allerhöchsthinindustriellen Wink, nicht auf eine prinzipielle Entscheidung ankommen lassen, sondern der Lapperei besseren Theil erwählt, indem sie gestern, wie uns ein Privattelegramm meldet, vor dem Reichsgericht ihre Revision zurückziehen ließen, sodas also eine Verhandlung nicht stattfand. Das war jedenfalls der schlaueste Streich, den sie während des bald ein Jahr sich hinziehenden Kampfes gegen den „Lib. Volksb.“ be- gangen haben, und obendrein haben sie unseren genialen Rechtsgelehrten Dr. Görz noch vor der Blamage behütet, seine Weisheit in höchster Instanz ad absurdum geführt zu sehen. Sie werden jedenfalls zu der Ansicht gelangt sein, daß auch die stolzen Wellen des Arbeiter-Verbandes einmal einen Punkt finden, an dem sie sich legen müssen, sie werden sich der Einsicht nicht verschließen, daß es ein sehr fragwürdiges Vergnügen ist, für andere Leute Kastanien aus dem Feuer zu holen, sie werden endlich auch sich darüber klar sein, daß auch der gewiegteste Advokat bisweilen schwache Stunden hat, wo die unbedingt notwendige Inspiration ausbleibt und eklantante, fast unbegreifliche Fehlgriiffe an die Stelle des „sicheren Erfolges“ treten. Hoffentlich haben sie die Belehrung nicht allzu theuer erkaufen müssen und hüten sich vor ähnlichen Experimenten.

Ist Streikpostenstehen grober Unfug? Ueber diese Frage wird das Hanseatische Oberlandesgericht zu Hamburg am 12. d. Mts. in einer aus dem Möbelstickerstreik resp. dem Bauarbeiterstreik resultierenden Sache abermals zu entscheiden haben.

Die Kriegervereine sind augenblicklich sehr rührig. Alle Augenblicke werden irgendwelche Festlichkeiten oder „gesellige Vereinigungen“ veranstaltet. Wie wir aus guter Quelle erfahren, steht dies mit den bevorstehenden Reichstagswahlen in keinerlei Zusammenhang.

Die antisemitischen Handlungsgehilfen wollen am Freitag Abend zur Reichstagswahl Stellung nehmen. Angeblich sind alle Reichstagskandidaten eingeladen.

Einen komplizierten Beinbruch erlitt am Sonntag Abend bei einem im Concordia-Garten abgehaltenen Feste eines hiesigen Athleten-Clubs der Arbeiter Steffens. Derselbe wurde, nachdem ihm von Ärzten ein Nothverband angelegt war, in das Allgemeine Krankenhaus geschafft.

Für verschollen erklärt werden soll der aus Travemünde gebürtige Seemann Johannes Carl Heinrich Schütt, dessen Aufenthalt seit 1873 unbekannt ist.

Ein bedenkendes Feuer entbrach letzte Nacht bei dem Krämer Jener in der Reiferstraße 43. Der Laden ist gänzlich ausgebrannt, Keller und erster Stock erheblich in

Mitleidenschaft gezogen. Der Schaden ist ein sehr beträchtlicher. Der Eigentümer war nicht zu Hause, als das Feuer zum Ausbruch kam.

Ein blinder Feuerlärm wurde gestern geschlagen, weil der Handeldgärtner Uckmann in der Moisdinger Allee in erlaubter Weise Gärtnereibäume verbrannte.

Die Tivoli-Theater. Richard Hof hat die Zahl seiner Schauspiele um eines vermehrt, nämlich um das vieraktige rührselige Stück „Zwischen zwei Herzen“; daß er dadurch die Bühnenliteratur um ein Werk von einiger Bedeutung bereichert hat, läßt sich mit gutem Gewissen nicht sagen. Das Schauspiel, dessen größter Mangel derjenige der Lebenswahrheit ist, namentlich im letzten Akte, und dessen Wirkung nur durch traffe Theatermittel erzielt wird, gab dem Schauspiel-Peronal des Tivoli-Theaters Gelegenheit, sich dem hiesigen Publikum vorzustellen. Die Probe fiel wahrhaft glänzend aus. Das Inszenirungsspiel sowohl wie die Einzelleistungen waren vorzüglich. Herr Hochberg und Fräulein Jäger waren einander würdige Partner; in ihrer Darstellung gingen sie weit über das Mittelmäßige hinaus und gaben so ihren Bühnenfiguren doch etwas wirkliches Leben, das der Dichter ihnen verleiht. Eine niedliche und anmuthige Naive ist Fräulein E. Tillmann, die sich mit ihrer Elise in die Herzen der leider nicht zahlreich erschienenen Zuschauer hinein spielte. In kleineren Rollen gaben Proben ihres Talentes Herr Arnfeld (v. Stein) und Fräulein Genschlag. Die Regie lag in den Händen des Herrn Direktor Müller und war, wie nicht anders zu erwarten, musterhaft. Wenn dieser ersten Schauspiel-Vorstellung noch viele ebenso gute folgen, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß ein zahlreicher Besuch dieselben belohnen wird. Das Publikum würde dabei nicht zu kurz kommen.

In das Handelsregister sind eingetragen: am 9. Mai auf Blatt 2043 die Firma „Gebrüder Appel“. Ort der Niederlassung ist Lübeck. Inhaber: 1. Martin Johann Conrad Appel, Buch- und Stein drucker; 2. Julius Maria Louis Hermann Appel, Lithograph und Buchdrucker, beide in Lübeck. Offene Handelsgesellschaft seit dem 30. April 1898.

Testamentsöffnung. In der Sitzung des Amtsgerichts am Freitag den 13. Mai 1898, Vormittags halb 11 Uhr, wird eröffnet werden: das Testament der hieselbst am 28. April 1898 verstorbenen Witwe des Privatmanns Friedrich Wilhelm Cowlasky, Thasnelba Franziska Maria geb. Wehnke.

Travemünde. Avarisches. Am Sonntag hat Herr Lanenstein hier über sein den Lesern bekanntes Programm vor 40 Personen gesprochen. U. A. erklärte er bezüglich der Entstehung seiner Kandidatur nach der „E. B.“:

Bei der letzten Wahl, im Jahre 1893, seien den Landleuten von dem damaligen freisinnigen Kandidaten Versprechungen gemacht worden, die er aber weder gehalten noch respektirt habe. (1) Dies habe dazu geführt, bei der jetzigen Wahl einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Dem vom Reichsverein aufgestellten Herrn Gebhard habe man nicht zustimmen können, weil er erklärt habe, er stehe auf dem linken Flügel der Nationalliberalen. Wenn er, Redner, die Kandidatur der Reichstagswahl-Bereitigung angenommen habe, so sei er diesem Rufe aus reinem Patriotismus gefolgt.

Als 1893 Heinrich der Vogelsteller seine Leimruthen auslegte, sind alle bürgerlichen Vögel an ihnen hängen geblieben. Wohin man heute kommt im ganzen Wahlkreise, in Stadt und Dorf, allüberall hört man dasselbe: Es ist viel versprochen, aber nichts gehalten worden. Vor 5 Jahren predigte man aber tauben Ohren, wenn man die Versprechungen nach Gebühr kritisierte. Da freute man sich des Pyrrhusieges solange, bis man einsah, daß man eine riesige Dummheit begangen habe. Jetzt kommt der Raketenhammer nach dem kurzen Siegesrausche.

Arbeiter! Parteigenossen!

Agitirt schon jetzt dafür, daß jeder Wahlberechtigter die Wählerlisten einseht!

Schwartau. Eine öffentliche Wählerversammlung fand am Montag Abend im Lokale des Herrn Timm statt. Referent war der Reichstagskandidat des 1. oldenburgischen Wahlkreises, Genosse Paul Hug aus Bant. Die gut besuchte Versammlung, welche den Ausführungen des Redners mit gespannter Aufmerksamkeit folgte, wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen, in welches alle Anwesenden begeistert einstimmten, ein Beweis, daß der Redner mit seiner Kritik der herrschenden Parteien und namentlich seinen Darlegungen über die Ziele der Sozialdemokratie Allen aus der Seele gesprochen und Verstandniß gefunden hatte.

utin. Eine öffentliche Wählerversammlung findet am Mittwoch, den 11. ds. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn P. Schröder, Kielerstraße, statt. Der Reichstagskandidat der sozialdemokratischen Partei, Paul Hug aus Bant, wird über die bevorstehenden Reichstagswahl und die Sozialdemokratie referiren. Zahlreicher Besuch ist erwünscht.

Fürstenthum Rastenburg (Wahlkreis Strelitz). Wahlversammlung. Die am Sonntag den 8. Mai stattgefundenen Wählerversammlungen in Herrnhurg und Selmsdorf waren an beiden Orten, besonders in Selmsdorf sehr stark besucht. In großer Masse waren die ländlichen Arbeiter aus der Umgegend genannter Orte zur rechten Zeit in den Versammlungen erschienen, auch mehrere Bauern wohnten den Versammlungen mit bei. In rührender Weise hatte auch die Behörde das Ihrige für den guten Besuch der Versammlung gethan. Da in Herrnhurg Nachmittags um 5 Uhr die Versammlung begannen sollte, die Behörde aber im Interesse der Sonntagheiligung es für notwendig erachtete, erst zu um 6 Uhr die Erlaubniß zu ertheilen, konnte allen Arbeitern, die später eintrafen, weil sie mit Feldarbeit beschäftigt waren, die passendste Gelegenheit gegeben werden, die große Bedeutung der Reichstagswahlen aus dem Munde des Referenten zu vernehmen. In beiden Ver-

sammlungen wurden die Ausführungen des Genossen Th. Bartels über die stürmischen Weisfall belohnt. Sehr kläglich benahm sich der Lehrer in Herrnhurg, der, als Genosse Bartels die mecklenburger Schulverhältnisse kritisierte, sich einzelner Zwischenrufe nicht erparen konnte, in der Diskussion aufgefodert, das Wort zu nehmen, zog der Herr es vor, stillzuschweigen. In Selmsdorf verließ der Lehrer das Lokal, als Genosse Bartels die Gefährdung Mecklenburgs scharf kritisierte. Beide Versammlungen sind für unsere Partei überaus günstig verlaufen. — Flugblattverbreitung. Die am Sonntag von den Lübecker Genossen hier und im nördlichen Theile (Rüger Winkel) des 1. Schweriner Wahlkreises unternommene Flugblattverbreitung ging gut von Statten. Jene, welche Zwischenfälle ereigneten sich nicht. Die Verbreiter fanden vielfach eine herzliche Aufnahme und melden übereinstimmend, daß die Stimmung für uns eine ausgezeichnete ist. Schönbauer wurde von Radfahrern belegt, welche dort beim vorigen Male bekanntlich von der Polizei angehalten, mit Straßmandaten bedacht und schließlich freigesprochen wurden. Es erschien deswegen angebracht, sie den liebgewordenen Ort wiederum besuchen zu lassen.

Lauenburg. Liberale Kandidatur. In einer Versammlung sämtlicher liberalen Parteien des Herzogthums Lauenburg in Steppenbeck's Hotel wurde Herr Heinr. Pfeiffer aus Hamburg als Kandidat der Liberalen Lauenburgs für den Reichstag vorgeschlagen und dieser Vorschlag nach Ansprachen des Herrn Pfeiffer sowie des gleichfalls anwesenden Reichstags- Abgeordneten Rickert, von der Versammlung einstimmig zum Beschluß erhoben.

Hamburg. Ein frommer Sünder. Vor der hiesigen Staatskammer kam Donnerstag ein kleines Gegenstück zum Fall Hammerstein zur Verhandlung. Eine sehr angenehme Stellung unter den protestantischen Orthodoxen Hamburgs nahm lange Jahre hindurch der Kaufmann Fehrer ein. Seit dem Jahre 1886 war er Finanzverwalter der St. Anskar-Kapelle und hatte als solcher die Verwaltung der Hauptkasse und die Armenkasse der St. Anskar-Kapelle zu führen. Seit 1890 war er auch Kassirer des Norddeutschen Missionsvereins und seit 1894 Verwalter der Sparkasse des Vereins christlicher Männer. Fehrer hat diese Stellungen dazu mißbraucht, um sich Gelder in sehr erheblichem Betrage zuzueignen, als sein eigenes Geschäft schlecht ging. Nach der Bekundung des Konkursverwalters hätte Fehrer schon 1892 Konkurs anmelden müssen, wenn er sich nicht durch die Veruntreuungen gehalten hätte. So hielt er sich bis Ende vorigen Jahres und hat insgesammt die Anskar-Kapelle um 99 886 Mk., den Missionsverein um 19 777 Mk. und den Verein christlicher junger Männer um 4500 Mk. geschädigt. Das Gericht verurtheilte ihn hierfür zu einer Gesamtstrafe von fünf Jahren Gefängniß und fünf Jahren Ehrverlust.

Hamburg. Am ersten Ziehungstage der 7. Klasse der 213. Hamburger Stadt-Lotterie wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:

Nr. 33390 57787 mit je 5000 Mk. Nr. 26922 39204 59851 96372 mit je 3000 Mk. Nr. 10035 33277 53343 54381 100718 103704 117757 mit je 2000 Mk. Nr. 456 4387 5471 5827 7810 8736 8943 9376 10929 15855 16796 19976 20105 22371 23326 25640 25885 27088 27474 31749 44563 46776 46992 50372 51588 51863 54632 55379 57174 59351 62821 66584 74770 75533 79924 80280 80527 81005 82920 87491 89879 91055 91325 101119 107667 109730 110948 110814 111583 113952 116221 117939 mit je 1000 Mk. Nr. 1266 2408 2777 4324 5955 9326 10793 11711 12190 13946 14906 16898 17297 18356 25891 27971 81389 32391 32602 33679 24964 36256 37042 38537 38892 39120 41988 46533 49392 54584 57949 61406 63186 67452 68512 72813 76057 76244 81481 82848 88066 90658 91290 91324 91331 92540 94595 95364 96697 97154 99321 100367 101457 102510 102769 102950 103935 108816 108838 109881 110860 112612 113192 117318 117879 mit je 400 Mk. (Ohne Gewähr.)

Altona. Zur Reichstagswahl schreibt das „Alt. Tagebl.“:

„Von den verschiedenen bürgerlichen Kandidaturen, die für die Wahl im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise in Betracht kommen sollen, stehen bis heute nur diejenige des deutsch-sozialen Herrn Friedr. Raab und die des freisinnig-volksparteilichen Herrn Fricke fest. In nationalliberalen Kreisen wird eine Kandidatur des Landtagsabgeordneten Volckens erwogen, wogegen auf Seiten der freisinnigen Vereinigung an Herrn Prof. Hänel gedacht wird. Eine Kompromißkandidatur Hänel im ersten Wahlgange ist aber so gut wie ausgeschlossen. Die Volksparteiler würden kaum dafür zu haben sein und die Deutsch-Sozialen ganz gewiß nicht, selbst ein erheblicher Theil der Nationalliberalen würde Bedenken tragen, im ersten Wahlgange Herrn Hänel seine Stimme zu geben. Es ist sicher das Beste, daß jede bürgerliche Partei so eifrig für ihren Kandidaten agitirt, daß wenigstens eine Stichwahl (!) erreicht wird. Dann wird es sich zeigen müssen, ob der bürgerliche Bewußt sein genug ist, die verschiedenen Gruppen unter einem gemeinsamen Banner zu sammeln oder ob man den Sozialdemokraten den Wahlkreis wieder ohne energische Gegenwehr überlassen will. Eine Kompromißkandidatur Hänel im 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, von der ein Blatt zu berichten weiß, kommt post festum, da der nationale Wahlverein in Herrn Postfischer Bredowid bereits vor langer Zeit einen Kandidaten aufgestellt hat, der sich großer Sympathien erfreut.“

Die Stichwahlpostschmerzen werden den „Ordnungsmännern“ erspart bleiben, denn an dem Siege des Gen. Carl Frohme im ersten Wahlgange ist gar nicht zu zweifeln.

Louder. Man schlägt sich, man verträgt sich. Den „Hamb. Nachr.“ wird geschrieben:

„In einer am Freitag Nachmittags abgehaltenen Versammlung der nationalliberalen Partei des hiesigen Kreises wurde die Kandidatenfrage erörtert. In einer Ende voriger Woche abgehaltenen Versammlung hatte Amtsgerichts-Rath Dr. Brodtschmidt erklärt, daß er bereits entschlossen gewesen sei, zu Gunsten des Herrn Ebner zurückzutreten, daß er aber auf Ersuchen vieler Landleute seine Kandidatur ansrecht erhalten müsse, da Herr Ebner einseitig das Interesse der Größer bei dem Minister vertreten habe. In einem jetzt in der Versammlung verlesenen Schreiben aus Garding wurde uns auseinandergesetzt,

daß diese durch die Presse verbreitete Nachricht unrichtig sei. Herr Thoms sei nicht nach Berlin gereist, um das Interesse der Gräser einseitig zu vertreten, vielmehr sei er mit einigen anderen Herren davon berufen worden, weil der Minister über die Frage der Einführung dänischer Viehes in der Provinz sich habe unterrichten wollen. Herr Thoms sei vielmehr der Meinung, daß unsere Märkte sich binnen wenigen Jahren von der dänischen Vieheinfuhr frei machen könnten. Dr. Rodschmidt erklärte daraufhin, daß er seine Kandidatur zurückziehen und für die Wahl des Herrn Thoms eintreten werde.

Also legen sich die nationalliberalen Viehgräser und Viehhändler wieder brüderlich in den Armen.
Glücksburg. Tischlerstreik. Sämtliche Tischler befinden sich im Ausstand; Zugang streng fernzuhalten.

Was nach und fern.

Auch ein Hüter der Moral. Vorige Woche wurde der 54 Jahre alte Lehrer H. Krayer in Sierchingen O. U. (Württemberg), wegen Vergehens wider die Sittlichkeit verhaftet und an das Amtsgericht eingeliefert. Bemerkenswert sei noch, daß Krayer ein guter Kämpfer für

Religion, Ordnung und Sitte war. Derselbe ist inzwischen nach Lüdingen transportirt worden.

Parteigenossen, gedankt des Wahlfonds!

Sternschang-Biehmarkt.
 Hamburg, 9. Mai
 Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 1870 Stück. Preise: Versandschweine, schwere 50-52 Mk., leichte 51-53 Mk., Sauen 40-46 Mk. und Ferkel 50-52 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.

D. „Kant“, Kapl. Wulf, ist am 7. Mai, Abends, von Pillau auf hier abgegangen.
 D. „Bar“, Kapl. Eiser, ist am 7. Mai, Mittags, in Kronstadt angekommen.
 D. „Burg“, Kapl. Thiel, ist am 7. Mai, Abends, von Pillau nach Kopenhagen abgedampft.
 D. „Marie Louise“, Kapl. Nachtwey, ist am 8. Mai in Kronstadt angekommen.

D. „Stadt Lübeck“, Kapl. Krause, ist am 8. Mai von Memel auf hier abgegangen.
 D. „Ludwig“, Kapl. Förster, ist am 7. Mai, Nachmittags, in Kronstadt angekommen.
 D. „Otto“, Kapl. Berg, ist am 9. Mai, Morgens, in Gese angekommen.
 D. „Eibe“, Kapl. Krellenberg, ist am 8. Mai von Reval nach St. Petersburg weitergedampft.
 D. „Imatra“, Kapl. Schöning, ist am 9. Mai, Morgens, in Rostka angekommen.
 D. „Alice Krohn“, Kapl. Tretan, ist am 9. Mai von Liverpool nach Stettin abgedampft.
 D. „Burg“, Kapl. Thiel, ist am 9. Mai, Mittags, in Kopenhagen angekommen.
 D. „Gauthiod“, Kapl. Nybell, ist am 9. Mai, 11,45 Uhr Mittags von Kalmars auf hier abgegangen.
 D. „Alpha“, Kapl. Brinkmann, ist am 8. Mai, Nachts, von Karls-hamn nach Stettin abgedampft.
 D. „Eibe“, Kapl. Krellenberg, ist am 9. Mai, Mittags, in Kronstadt angekommen.
 D. „Wiborg“, Kapl. Karstedt, ist am 9. Mai, Nachmittags, als erstes Schiff in Wismar angekommen.
 D. „Amerika“, Kapl. Wiström, ist am 9. Mai von Harnäs auf hier abgedampft.
 Laut telegraphischer Nachricht sind am 8. Mai bereits Dampfer in St. Petersburg eingetroffen.

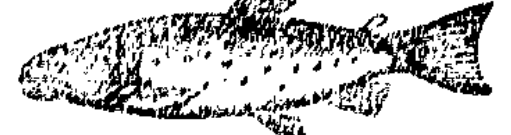
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Ein Zimmer zu vermieten
 Bräderstraße 9, 1. Et.
Ein freundliches Logis
 für 1 oder 2 junge Leute
 Weberstraße 30.
 Gesucht zum 1. Juli von jungen Leuten eine Wohnung im Preise bis zu 180 Mark. Offerten unter **A B** an die Exped. d. Bl. erb.
 Gesucht ein Mädchen, welches Oftern die Schule verlassen hat
 Paulstraße 4.
 Zu verkaufen ein Kinderwagen
 Weberstraße 26, 1. Et.
 Zu verkaufen eine Mignon-Orgel
 passend für Schänkwirtschaft. Preis 35 Mk.
 Engelsgrube 19, 2. Et.

Gr. Burgstr. L. Duve, Lübeck, Gr. Burgstr.
Fortsetzung des Räumungs-Ausverkaufs
wegen Umbau meines Hauses.
 Sämtliche Manufakturwaaren u. Aussteuer-Artikel zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Wir empfehlen unsere gut abgelagerten, nur aus bestem Malz, Hopfen, Hefe und Tiefbrunnenwasser gebrauten
Biere
 zur gest. Abnahme in Flaschen und Gebinden.
Hansa-Brauerei
 Johs. Uter & Co.

Die nahrhafteste
 wohlgeschmeckteste
 billigste
 Haferseife ist die beste
 in Originalpacketen
 Unübertroffen zur Herstellung von:
Suppen, Saucen, Brel, Puddings und allerlei Mehlspelsen.
Quäker OATS.
 mit der Schutzmarke:
 Besonders empfehlenswerth zum Frühstück als „Porridge“, Zubereitung nach Amerikanischer Kochart.
 Rezepte in jedem Packet.
 Ueberall käuflich.


Frishen Steinbutt, feinsten Tafel-Zander, frische Barsche, feinsten Ostseebutt, frische Fischkarbonade, fr. gek. Nordseekrabben
 empfiehlt
J. C. H. Boy
 Beckergroße 3.
 Fernsprecher 115.

Haus- u. Küchen-Geräthe
 empfiehlt
J. F. B. Grube
 Inh.: Rudolf Möller.
 Lübeck, Am Markt.
 Preeger Schuhe u. Stiefel, Arbeitsschuhe, Damen-, Mädchen- u. Kinder-Schuhzeug, Lederpantoffel, Turnschuhe
 zc. empfiehlt billigst
Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Zu verkaufen eine gut erhaltene Concert-Hither mit Schale und Kästen sowie ein großer starker Kinderwagen, sehr preiswerth
 Hundestraße 109.
 Verloren eine schwarze Laftingdecke von der Weberstraße bis zur Mühlstraße. Abzugeben
 Weberstraße 3, 2. Et.
 Abhanden gekommen ein junger schwarzer Terrier mit weißer Brust u. braunen Füßen. Abzig. gegen Belohnung bei H. Wendt, Adlerstr. 3. Vor Anlauf wird gewarnt.
 Zugelaufen ein schwarzer Hund
 Abzuholen Thulenhagen 3.
J. Holzner, Töpfer,
 Hundestraße 35, 2. Et.
 empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten.
 Prompte und reelle Bedienung.
 Billigste Preise.

Schwartau.
Joachim Eggers, Uhrmacher
 empfiehlt sich mit Reparaturen von Uhren, Gold- u. Silber-sachen unter Garantie zu billigen Preisen.
 Meinen werthen Kunden, Freunden u. Gönnern die ergebene Mitteilung, daß von heute ab meine Drehmangel zur gütigen Benutzung gratis zur Verfügung steht. Achtungsvoll **W. Meyer,** Colonialwaarengeschäft, Mittelstraße 19 b, Ecke der Emilienstraße.
 Feinste u. hochfeinste Margarine
 der Pfd. 50 und 60 Pfg. empfiehlt
Rud. Kracht, Rakeb. Allee 40.

Durch Zufall
 eine Partie
Matjesheringe
 in guter Qualität, 3 Stück 10 Pfg., empfiehlt
Heinrich Koop,
 Marktwiese 4.
 Wichtig für Jedermann ist es, Geld zu sparen. Empfehle weiße Säfte, die sich vorzüglich für Schürzen, für Schlachter, zu Handtüchern eignen.
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
 Eisigfabrik zc., Fischergrube 61.
Miethe-Quittungs-Formulare
 sind zu haben in der Expedition des Lübecker Volksboten
 Johannisstraße 50.

EUTIN.
 Oeffentliche
Wähler-Versammlung
 am Mittwoch, 11. Mai, Abends 8¹/₂ Uhr
 im Lokale des Hrn. Paul Schröder, Kielerstrasse.
 Tages-Ordnung:
 Die bevorstehende Reichstagswahl und die Socialdemokratie.
 Referent: Reichstagskandidat **Paul Hug** - Bant.
 Jedermann hat Zutritt. Gegner der Socialdemokratie sehr willkommen.
 Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberufer.

Große öffentl. Versammlung
 am Donnerstag den 12. Mai, Abends 8¹/₂ Uhr
 im „Concordia-Garten“.
 Tages-Ordnung:
 Wohin will die Bevölkerung Lübeck's den Bahnhof haben?
 NB. In dieser Versammlung wird die Bahnhoffrage u. U. auch vom technischen Standpunkte aus beleuchtet werden.
Das Comité.

Neu-Lauerhof.
 Mittwoch den 11. Mai:
Gr. Concert u. Ball (Benefiz für den Tanzordner).
 Täglich frische Grassbutter
 empfiehlt **J. Behrmann,** Milch- u. Butter-handlung, Hundestraße.
Nähmaschinen
 wenig gebraucht, gebe billig ab.
J. H. Reimann, Königstraße 93.

Anerkannt vorzügliches
Fussboden-Oel
 schnell trocknend und von hohem Glanz, ist zu haben bei
Ferd. Kayser
 Lübeck, Breitestr. 81.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
 (Zahlstelle Lübeck.)

Versammlung
 am Dienstag den 10. Mai
 Abends 8¹/₂ Uhr
 bei **F. Lecke, Lederstrasse 3.**
 Tages-Ordnung:
 1. Aufnahme neuer Mitglieder.
 2. Wahl eines Revisors.
 3. Kartellbericht.
 4. Innere Verbandsangelegenheit.
 5. Fragekasten.
 6. Verschiedenes.
 Das Erscheinen der Mitglieder ist dringlich notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Achtung Zimmerer!
Extra-Versammlung
 vom Verband der Zimmerer Deutschlands
 (Zahlstelle Lübeck)
 am Mittwoch den 11. Mai
 Abends 8¹/₂ Uhr
 im Verbandslokal Hundestrass
 Pflicht eines jeden Kameraden ist es, zu erscheinen.
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Der Vorstand.

Speise-Halle Hansa
 Mengstraße 24. (Mittagsstich v. 11¹/₂ - 2 Uhr)
 Mittwoch: Reismehlsuppe, Mehlpudding, Schweinefleisch, Kartoffeln, Fruchtauce.

Chronik auf das Jahr 1848.

10. Mai.

Im polnischen Aufstandsgebiet war der Widerstand mehr und mehr erlahmt. Die Polen begannen zu unterhandeln, und der General von Puel schloß mit den Insurgenten eine Uebereinkunft, wonach sie am 10. bei Plakowo-Czarem das Gewehr strecken sollten. Die Führer der Aufständischen hatten jedoch nicht mehr die Autorität, um bei ihren Schaaren die Niederlegung der Waffen zu erreichen. Die Aufständischen zersetzten sich ins Land, wosin sie von den preussischen Truppen verfolgt wurden, um gefangen genommen und entwaffnet zu werden. Um die Mitte des Mai konnte der polnische Aufstand als völlig niedergeschlagen betrachtet werden.

Frankreich. Nachdem die am 4. zusammengetretene französische Nationalversammlung sich mit dem Tätigkeitsbericht der provisorischen Regierung zufrieden gestellt erklärt hatte, wurde am 10. die Uebertragung der Regierungsgewalt an eine fünfjährige Kommission beschlossen und in diese gewählt: Krug, Garnier-Pagès, Marie, Lamartine und Ledru-Rollin. Die Sozialisten, die noch in der provisorischen Regierung geblieben hatten, waren jetzt gänzlich übergegangen worden. Unter diesen Umständen wurde die Wahlstimme unter der Arbeiterbevölkerung immer größer.

11. Mai.

In Berlin erschien am Abend des 11. im „Preussischen Staats-Anzeiger“ ein Erlass des Ministeriums unter dem Titel „Aufsorderung an den Prinzen von Preußen zur Rückkehr nach Berlin“, welcher folgendermaßen schloß: „Nicht lange mehr wird die erregte Gegenwart der Uebergang sich verschließen, daß die Milderkeit des Charakters die sicherste Gewähr für das aufrichtige, männliche Verhalten auf der neuen Bahn darbietet, welche mit Ew. Majestät Sr. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen als ein Bedürfnis für das Wohl des Volkes erkannt hat, und diese Ueberzeugung hervorgerufen und gekräftigt durch den freiwilligen Anschluß an die neuen Verhältnisse, durch das Leben in und mit ihnen wird von den gemischten Gesellschaften eben so nützlichen als treuen Volksgenossen halb nur die edelsten Bestandtheile zurücklassen. — Wir stellen hiernach Ew. Majestät allerunterthänigst anheim, Seiner Königl. Hoheit dem Prinzen von Preußen die Abkürzung des Aufenthalts in England zu empfehlen.“ Die Antwort des Königs war bejehrend; sie besagte, daß der König den Major Dann zum ersten Adjutanten des Prinzen von Preußen ernannt habe mit dem Auftrage, dem Prinzen die Aufsorderung seines Bruders zur Rückkehr zu überbringen.

Diese Mittheilung machte in Berlin einen sehr ungünstigen Eindruck und riefen große Erregung hervor. Der Prinz galt allgemein als dem neuen Stande der Dinge durchaus feindlich gesinnt, und so erregt war die Stimmung der Mehrheit der Berliner Bevölkerung in den Wochen nach dem 18. März gegen den Prinzen, daß in ganz Berlin zur vier Geißliche gewagt haben sollen, seinen Namen in das übliche Kirchengeläute einzuschließen. Gegen die nun beabsichtigte Rückkehr wurden durch verschiedene Versammlungen, sowie durch die Presse und durch Manerausschläge viele Proteste laut.

Die neunte Legislaturperiode des Reichstages.

Die letzte Session der neunten Legislaturperiode des Reichstages ist soeben feierlich geschlossen worden. Es war die erste fünfjährige Legislaturperiode, die im Jahre 1888 von den konservativen Parteien und der nationalliberalen Partei, nachdem sie bei den Wahlen von 1887 zusammen eine Mehrheit erlangt hatten, an Stelle der früheren dreijährigen eingeführt worden ist.

Der Jude.

Deutsches Sittemgemälde aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts. Von C. Spindler.

(32. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Als ob der entsetzliche Saumael ihn verfolgte, irrte der Sünder auf den Schneefeldern umher, bis der nächste Morgen grau und kalt heraufstieg und ihn zur Hütte trieb. Das wachsende Licht des Tages senkt stets mehr Zuberficht in gute, wie in böse zweifelnde Herzen. Der Wahnsinn der verweinten oder verlästerten Nacht schwindet in ruhigeres Nachdenken hin und auch Jodil wurde ruhiger, gemäßigter. Er sah plötzlich ein, wie sehr sein irdischer Vortheil durch die nothgedrungene Glaubensänderung gewinne und daß es dem jenseits Verlorenen erlaubt sein müsse, hienieden doppelt zu leben in eigener Freude und fremden Leiden. Er erklärte vogelfrei alle Menschen, wes Glaubens sie auch seien und beschloß, nun das Werk seiner Rache an Den Davids Hause auf's Glänzendste zu vollenden. Trunken vor Freude über die entsetzlichen Bilder, die in seinem Gehirne aufstiegen, dankte sogar der Verblendete der Vorkehrung für die verwischene Nacht. Sein Aberglaube wählte von dem Schicksale mit Vorbedacht, die Freiheit erhalten zu haben, ohne Gewissensbängst, seinen Durst nach Rache löschen zu können und seine Bosheit schritt langsam, aber lähn zur Ausführung.

Fünftes Kapitel.

Die Wohlthat ist eine stattliche Pflanze; ihre festeste Stütze aber ist: Dankbarkeit. Pers. Sitten spruch.

Allgemach war die Zeit eingetreten, in welcher nach den Berichten alter Schriftsteller die Deutschen zu rasen pflegten, vorzüglich sich in Gespenster verummten und allen Muthwillen für erlaubt hielten; die Fastnachtzeit nämlich — das dreitägige Fest, das einer lange dauernden

Bis 1890 bestanden diese dreijährigen Perioden. Der dann gewählte Reichstag aber erreichte sein „natürliches Ende“ nicht, er wurde 1893, als die Militärvorlage, bei der es sich um eine erhebliche Heeresvermehrung handelte, mit 210 gegen 162 Stimmen abgelehnt war, aufgelöst.

Bei den am 15. Juni 1893 stattgehabten Neuwahlen wurden für diejenigen Parteien, welche nachher der Militärvorlage auf Grund eines Kompromisses zustimmten (Konservative, Freikonservative, Nationalliberale, sämtliche Antisemiten, Polen, ein Theil der Freisinnigen, die sich unter Rickert's Führung von der Freisinnigen Partei losgelöst und als „Freisinnige Vereinigung“ konstituiert hatten), im Ganzen 3225 641 Stimmen abgegeben, für die Gegenparteien (Sozialdemokraten, Centrum, Freisinnige Volkspartei, Deutsche Volkspartei etc.) 4394 233 Stimmen. Trotzdem die Opposition ein Mehr von 1 170 000 Stimmen erlangte, blieb sie in der Zahl der Mandate dennoch in der Minorität.

Als bald nach den Neuwahlen, am 4. Juli 1893, trat der neue Reichstag zu einer kurzen, nur acht Sitzungen umfassenden Session zusammen, um lediglich die Militärvorlage zu erledigen. Dieselbe fand mit knapper Majorität, 201 gegen 185 Stimmen, Annahme.

Die nachfolgende ordentliche Session 1893—94, deren Hauptaufgabe nach Wunsch der Regierung die Vermehrung der indirekten Steuern und die sogenannte „Finanzreform“ sein sollte, erfüllte diese Aufgabe nur kleinen Theils. Lediglich die Borsensteuer und der Lotteriestempel wurden erhöht, dahingegen der Quittungsstempel, der Checkstempel und die Tabakfabrikatsteuer abgelehnt.

Das umfangreiche Gesetz über die sogenannte „Finanzreform“ gelangte gar nicht zur Verhandlung. Ein Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte kam zu Stande während der mit großer Mehrheit angenommene Initiativantrag, betreffend Sicherung des Wahlgeheimnisses, nicht die Zustimmung des Bundesrathes fand. Den Mittelpunkt der parlamentarischen Kämpfe in dieser Session bildeten die Handelsverträge mit Rumänien und Rußland, die trotz fanatischer Opposition der Konservativen zur Annahme gelangten.

Die nächste ordentliche Session 1894/95 begann mit der Uebersiedelung des Parlaments in das neue Reichstagsgebäude. Gleich in der ersten Sitzung (6. Dezember 1894) fand die Reaktion Anlaß, sich gegen die Sozialdemokratie zu betheiligen. Als der Präsident v. Levekov die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnete, blieben einige im Saale anwesende sozialdemokratische Abgeordnete sitzen. Darob gerietten die „Patrioten“ in tobende Wuth. Der Präsident bedauerte, daß er gegen solche „Missachtung der Majestät“ kein Mittel der Geschäftsordnung habe. Hierauf legte am 11. Dezember der Reichstanzler Fürst Hohenlohe dem Hause den Antrag der Staatsanwaltschaft um Genehmigung der strafrechtlichen Verfolgung

des Abgeordneten Dieblnecht, welcher sich unter den Sitzengebliebenen befunden hatte, wegen „Majestätsbeleidigung“ vor!!! Das Haus lehnte diesen ungeheuerlichen Antrag in namentlicher Abstimmung mit 168 gegen 58 konservative Stimmen ab, nahm hingegen eine Resolution von Bennigsen, betreffend Verschärfung der Disziplinarresolution wurde am 6. Februar 1895 ein Centrumsantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei angenommen, wonach der Präsident berechtigt ist, im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung ein Mitglied von der Sitzung auszuschließen.

Am 23. März 1895 beanspruchte der Präsident v. Levekov vom Reichstage die Ermächtigung, in dessen Namen dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage zu gratuliren. Der Antrag wurde mit 163 gegen 146 konservative, nationalliberale und antisemitische Stimmen abgelehnt. In Folge dessen legte der Präsident von Levekov sein Amt nieder. Der Centrumsabgeordnete von Boul nahm seine Stelle ein.

In dieser Session konzentrierte die parlamentarische Thätigkeit sich hauptsächlich auf die Umsturzvorlage, welche auf ein gemeinrechtlich bemanteltes Ausnahmengesetz gegen die Sozialdemokratie und sonstige unliebsame Elemente hinauslief. Der preussische Polizeiminister von Kölller war der Vater dieser Vorlage, die nach harten Kämpfen am 11. Mai 1895 in allen Theilen abgelehnt wurde, da die reaktionären Elemente sich über die Tragweite der vorgeschlagenen Bestimmungen zur Unterdrückung der Freiheit der Meinungsäußerung nicht verständigen konnten. Die wiederum vorgelegte Tabakfabrikatsteuer wurde abermals abgelehnt.

Die nun folgende Session erstreckte sich über zwei Jahre, von 1895 bis 1897. Nachdem im Sommer 1896 das Bürgerliche Gesetzbuch erledigt war, wurde die Session nicht geschlossen, sondern nur vertagt, um die beendeten Vorarbeiten für die Justiznovelle nicht nutzlos werden zu lassen.

Im ersten Theile der Session wurde das Volk mit einer Erhöhung der Verbrauchsteuer auf Zucker von 18 Mk. auf 20 Mk. beglückt. Auf diese Weise wurden die Mittel gewonnen, den Zuckerproduzenten erhöhte „Ziebesgaben“ (Ausfuhrprämien) zu gewähren. Ferner wurden geschaffen das Borsengesetz und das Bankdepotgesetz, mit dem Verbot des Getreide-Terminhandels, sowie das Gesetz gegen den „unlauteren Wettbewerb.“ Ein Initiativbegehren, die Regierung um energischere Bekämpfung des Duellunwesens zu ersuchen, fand die einstimmige Annahme.

Im zweiten Abschnitt der Session kam zunächst die Justiznovelle zum Scheitern. Die Regierung verzichtete auf ihre Weiterberathung, weil die Majorität

Reihe von Tagen der Betrübnis und des Fastens vorausgeht. Diese fröhliche Zeit, sehnlichst herangewünscht von allen Ständen, setzte in Costnig alle Hände in Thätigkeit, alle Sinne in Arbeit. Der Ernst und die wichtige Formlichkeit der Kirchenversammlung, deren Beschlüsse eine allgemeine Sittenverbesserung bezwecken sollten, setzten dieser Volkslust wenig oder gar keine Schranken entgegen und der Kaiser Sigismund, ein gar kurzweiliger und freundlicher Herr, dem Minne- und Larvenspiel nicht abhold, vermehrte die allgemeine Ergötzlichkeit durch den eifrigen Antheil, den er daran nahm.

„Man muß dem Volke seine Spiele nicht nehmen,“ sprach er zu den strengen Sittenrichtern, die ihn gern vermocht hätten, aus Rücksicht für das Konzilium die Fastenachtlust zu beschränken; „Schwerlich würdet Ihr uns wehren wollen, an unserer Hofstatt das Fest zu begehen; allein wir mögen in solcher Zeit keine Freude genießen, an der nicht alles, das uns umgiebt, theil nehmen könnte. Die Herren aus Wälschland und Frankreich mögen sehen, daß unsre deutsche Nation ein lustig Volk ist und ein Oberhaupt hat, das Kurzweil und Schimpf in Ehren liebt. Darum wollen wir befehlen, daß man jeto jubilire, wie sonst, denn des Herzens Fröhlichkeit gefällt dem Herrn im Himmel und darf demnach sich vor seinem Statthaltern auf Erden nicht scheu vertriehen.“

Des Kaisers Wille geschah diesmal ohne fernere Widerrede, und der Fastnachtsontag trat einher in Prunk und lustigen Glanz gehüllt, wie ein Fürst der Freuden. Alle Geschäfte blieben liegen, und nach außen in das herrliche Frostwetter drängte sich alles, was deutsches, nordgewohntes Blut in den Adern trug, und nicht bloß aus den Fenstern der geheizten Gemächer die Ergötzlichkeit mit ansehen wollte, wie die Wälschen thaten. Dagoberth blieb nicht dahinten. Der geistliche Rod wurde in den Schrank gehängt, das enge Röcklein wieder hervorgesucht, und, das Symbolum der Fastnacht, den grünen Lannenzweig auf dem Hute, suchte der Keffe den Dheim auf, den er, an Husten und Schnupfen und Gichtbeschwerden laborirend, im Sorgenstuhle antraf.

„Sieh da!“ rief der Prälat mit schlecht verborgenem Verdrusse: „sieh da, wieder ein Fastnachtsgeßicht, dem man es ansieht, wie es nur auf die Kirchenglocke lauert, die das Zeichen geben soll, zu dem gräulichen Tollmannswesen! Gleich wie die blinden Heiden ihre Bacchanalien feierten in Rausch und Unzucht, also sieht man heutzutage die Christen in den Schlamm der Abscheulichkeit stürzen, um sich auf vierzig Tage satt darinnen zu schlemmen! O du verlorener Sohn Absolom! Deine Mutter hat es noch dereinst am jüngsten Tage zu verantworten, daß sie dich zur Kirche bestimmt hat.“

„Ihr habt völlig recht, lieber Dhm“, versetzte Dagoberth: „ich bin selbst dieser Meinung. Laßt uns indessen nicht grollen, nicht haben an diesen Freudentagen; Fastnacht kommt nur einmal im Jahre, . . . 's thut mir leid, daß Euch das Zipperlein an die Stube fesselt. Ich hätte Euch so gerne Eure ehemaligen Landsleute in ihrer Glorie von Fröhlichkeit gezeigt.“ — „Ja, eine Glorie ist's“, antwortete der Prälat: „eine Glorie von Flammen aus dem höllischen Puhl gewebt. O, ihr Deutsche, ihr Deutsche! Wohl dem, der sich losagen kann von Eurer Gemeinschaft.“

„Spricht lieb' Mähmlein desgleichen?“ fragte Dagoberth die lächelnde Fiorilla. Diese aber schüttelte schelmisch mit dem Kopf und erwiderte: „Ich müßte lügen, Beter. Gektern erst, da zufällig der Kaiser mit seinem Gefolge unter unseres Hauses Fenstern vorbeiging, lernte ich Eure Landsgenossen auf's neue bewundern. Welche kräftige Gestalten, welch' edler Wuchs, welch' stolze Haltung! Stark von Brust und Schultern, aufgerichtet das Haupt, umwallt von krausem Goldhaar, kann dieses Volk das schönste genannt werden von allen Reichen der Welt.“

„Wie das plaudert!, wie das schnattert! unedle Sinnelust!“ eiferte der argwöhnische Prälat aus seinem Sessel. Dagoberth küßte aber die Sprecherin auf die Stirne. — „Ich bringe Euch den Dank meines Volks“, sagte er verbindlich: „Ich darf doch darauf rechnen, Euch zum mindesten in das Festgewühl der belobten Landsleute

auf der Besetzung der Strafkammern mit fünf Richtern bestand.

Die am 1. April d. Js. theilweise in Kraft getretene Novelle zur Gewerbeordnung, betreffend die „Organisation des Handwerks“, wurde erledigt. Das Margarinegesetz kam zu Stande. Bei der Staatsberatung nahmen die Flottenprojekte der Regierung betreffenden lebhaften Kämpfe ihren Anfang.

Im Vorjahre hatte der Reichskanzler die Reichstagsmehrheit veranlaßt, Abstand zu nehmen von der Einführung einer Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch, betreffend die Aufhebung des Koalitionsverbotes für politische Vereine, indem er die alsbaldige Aufhebung dieses Verbotes durch die Landesgesetzgebungen in sichere Aussicht stellt. Die preussische Regierung ging zwecks „Erfüllung dieses Versprechens“ in der Weise vor, daß sie dem preussischen Abgeordnetenhaus eine Novelle vorlegte, in der zwar das Koalitionsverbot aufgehoben, aber als „Kompensation“ eine erhebliche Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes selbst gefordert wurde. Dieser Vorstoß der offiziellen preussischen Reaktion stand zu stark im Widerspruch zu den Ansichten der Reichstagsmehrheit, als daß dieselbe dazu hätte schweigen können. Ein aus der Mitte des Reichstages eingebrachter Gesetzentwurf, welcher die unbedingte Aufhebung des Koalitionsverbotes aus sprach, wurde gegen die Stimmen der Konservativen angenommen, von den verbündeten Regierungen aber nicht berücksichtigt.

Zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Revision der Unfallversicherung und der Alters- und Invaliditätsversicherung, fanden, in eine Kommission verwiesen, ihre Erledigung nicht. Die Affäre Tausch, die Majestätsbeleidigungsprozesse, die Wädereiverordnung und erneut wieder das Duellwesen waren Gegenstände lebhafter Erörterungen.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, betreffend die Gesindeordnung, führte zur Annahme einer von freisinniger Seite eingebrachten Resolution, in welcher die verbündeten Regierungen ersucht wurden um Vorlage eines Gesetzentwurfes, betreffend Regelung der Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes. Ein anderer Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Einführung eines achtstündigen Maximalarbeitstages führte zur Annahme einer Resolution, welche die verbündeten Regierungen auffordert, weitere Erhebungen über Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter durch übermäßige Arbeitszeit vorzunehmen. Zwei Anträge, betreffend Aufhebung bzw. Abänderung des „Festsuitengesetzes“ von 1872 fanden Annahme, nicht aber die Zustimmung des Bundesrathes.

Die jetzt zu Ende gegangene letzte Session der neunten Legislaturperiode, die unseren Lesern noch in frischer Erinnerung ist, hat die Flottenvermehrung unter dem Gesichtspunkte der „Weltpolitik“ und die Militärstrafprozessordnung, sowie eine Reihe von Ergänzungsparagrafen zum Bürgerlichen Gesetzbuch gebracht. Der Kampf um das Koalitionsrecht der Arbeiter beschäftigte den Reichstag, hauptsächlich in Rücksicht auf den bekannten Erlaß des Staatssekretärs v. Posadowsky, in einer ganzen Reihe von Sitzungen.

führen zu dürfen? Entschuldigend und versagend zeigte Fiorilla auf den leidenden Oheim, dem dagegen die Röthe des Vergers auf die Wange stieg. „Hebe dich weg, Versucher!“ rief er zornmüthig: „Entführe nicht dem Kranken die Pflegerin. Geh' zu Wallraden. Dort ist dein Platz. Sie magst du führen, wohin du willst.“

„Ach, Oheim!“ entgegnete Dagobert mit schalkhafter Betrübniß: „Die Fastnacht zwischen Wallraden und mir ist schon vorbei. Sie hat bessere Gesellschaft, denn die Meine.“

„Um!“ meinte der Prälat, die Nase rümpfend: „Die ist nicht schwer zu finden. Doch... ein Wort im Vertrauen.“

Er zog den Neffen bei dem Arme sich näher, und Fiorilla entfernte sich auf seinen Wink.

„Warum kommst du gar nicht mehr zu Wallraden?“ fragte Monsignore: „Ich hat dich doch, deinen Einfluß für einen ihrer Freier zu verwenden.“

„Ohm!“ antwortete Dagobert, „Ich sagte es Euch: Mein Einfluß ist aus, und dann bin ich ein schlechter Freier.“

„Du weißt also gar nicht, wie sich die Sachen gestalten haben?“ fuhr der Prälat fort: „Wallrade hat mir selbst vertraut, daß unser allergnädigster Herr, der Kaiser selbst, ein halbvolles Auge auf sie geworfen. Das geschah am verwichenen Sonntag, bei dem großen Tanzfeste, das des Kaisers Majestät in ihrer Freigebigkeit veranstaltet.“

„Der gute Herr ist der Minne Freund?“ schaltete Dagobert ein, „Was soll aber daraus folgen?“

„Wüßstüchtiger!“ schalt der Oheim: „Daraus folgt, daß mein, Dein und Wallradens Weizen blüht, wenn des Kaisers Neigung begünstigt wird.“

„Wieso denn?“ fragte der Neffe mit großen Augen.

„Bewünschter deutscher Querkopf!“ fuhr der Prälat fort. „Wallradens zeitliches Glück, eine herrliche Pfünde

Im Laufe der ganzen Legislaturperiode hat die sozialdemokratische Fraktion eine energische Thätigkeit im Volksinteresse entwickelt, auf die wir noch besonders eingehen werden. Sie hat der offiziellen Reaktion und ihrer Bundesgenossenschaft in gebührender Weise die Stirn geboten und ihr noch in der letzten Sitzung durch ihre Interpellation, betreffend die Verdrehung, Gelegenheit gegeben, sich eine moralische Niederlage zuzuziehen, die im Ausfall der Neuwahlen ihren greifbarsten Ausdruck finden dürfte.

Bei diesem kurzen Ueberblick wollen wir es uns für heute genügen lassen. Wie werden in nächster Zeit noch oft die parlamentarischen Leistungen der Reaktion zu schildern und zu beleuchten haben.

Das Fazit ist: Das Volksinteresse hat in dieser fünfjährigen Legislaturperiode keine Würdigung und Vertretung durch die Majoritätsparteien und ihren Anhang gefunden. Rücksichtslos Sonderinteressenpolitik, berechnete auf Unterdrückung und Ausbeutung des Volkes, hat fortgesetzt was sie in früheren Legislaturperioden begonnen. Von „Fortführung“ der viel gerühmten gouvernementalen „Sozialpolitik“ im Interesse der arbeitenden Klasse keine Spur. Nichts, was einen erfreulichen Ausblick in die Zukunft gewähren könnte. Deshalb hinweg mit dieser Majorität! Am 16. Juni halte das Volk über sie und die Mächte der Reaktion Gericht!

Aus Nah und Fern.

Maifeier in Ostpreußen. Eine außerordentlich bedeutende Maifeier, weil nur Landleute daran theilgenommen haben, fand auf dem Gute des Genossen Hoyer-Groß-Skaißgirren, im Kreise Raguit-Billkallen, statt. Genosse Hoyer hatte mit seinen zahlreichen Arbeitern schon seit Wochen ein Mai- und Entfest vorbereiten. Die Kunde davon hatte sich in kurzer Zeit in weitem Umkreise verbreitet, und aus einer ganzen Reihe von Orten ließen die Leute sagen, daß sie zum Feste kommen würden. Da Hoyer keine öffentliche Veranstaltung geplant hatte, gab er sich mit dem Festkomitee die größte Mühe, den Leuten aus den umliegenden Ortschaften Kenntniß davon zu geben, daß fremde Personen auf dem Festplatz keinen Zutritt hätten. Trotzdem war am vorigen Sonntag die ganze Umgegend in Bewegung. Trotzdem den in Masse herbeiströmenden Leuten nahegelegt wurde, wieder umzukehren, fanden sich doch gegen 800 Personen auf dem hübschen, vom Walde und von der Juster begrenzten Festplatz ein. Die fremden Leute lugerten sich meist auf einer an den Festplatz grenzenden Anhöhe. Den Festplatz selbst schmückte ein in der Mitte aufgeschlagenes mächtiges rothes Banner mit der Aufschrift „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und „Einigkeit macht stark, ist der Kampf auch hart“. Um 3 Uhr Nachmittags nahm das Fest seinen Anfang, die Musik wurde von Parteigenossen gemacht. Rasch verfloß die Zeit. Um 4 1/2 Uhr hielt Genosse Hoyer die Festrede, die mit einem von den Versammelten begeistert aufgenommenen Hoch auf das Ernte- und Maifest geschlossen wurde. Jetzt wurde aber leider das Fest gestört. Schon vorher waren Gerüchte laut geworden, daß eine Menge Polizei aufgeben sei, um dem Fest ein Ende zu machen. Um 5 1/2 Uhr trafen auch richtig ein berittener und drei Fußgänger ein, wie es heißt, mit geladenen Gewehren und der Instruktion, falls das Fest nicht sofort aufhöre, Gewalt anzuwenden. Zuerst mußte das rothe Banner

entfernt werden, dann erfolgte die „Auflösung“. Dem Genossen Hoyer wurde bedeutet, daß er auch zu einem Fest mit seinen Mitarbeitern auf seinem Grund und Boden die polizeiliche Erlaubniß haben müßte. (Dann mußte man ja zu jeder Hochzeits- oder Geburtstagsfeier die Erlaubniß der Polizei einholen. D. Red.) Ein Protest des Genossen Hoyer gegen die Störung des Festes hatte selbstverständlich keinen Erfolg. Trotzdem die Arbeiter auf's Höchste über die Störung ihres harmlosen Vergnügens aufgebracht waren, meisterten sie die Erregung und zerstreuten sich in musterhafter Ordnung; stürmische Hochrufe auf die Sozialdemokratie zogen aber davon, daß die Maßregel unserer Bewegung nicht Schaden wird. Die aus den umliegenden Dörfern gekommenen Leute machten sich auf den Weg nach Hause, Genosse Hoyer setzte mit seinen Leuten das Fest auf seinem Hofe auf einer schnell dazu eingerichteten Scheunentenne fort. Die Genossen umschwärzten den Gutschef bis zum Eintritt der Nacht. Soviel ist sicher, daß die Bewegung für unsere Partei im Kreise Raguit-Billkallen durch die Störung des Festes außerordentlich gewinnen wird. Der Beweis ist schon jetzt erbracht, daß auch in den abgelegensten Kreisen Ostpreußens der Sozialismus Eingang gefunden hat.

Wie der „Albenteche“ Professor Hase um sein Essen kam. Genosse Hase erhielt kürzlich nach Königsberg eine festerliche Einladung zu einem parlamentarischen Diner bei Miquel zugestellt. Er war einen Augenblick verwundert und dachte: will Miquel etwa im Kreise der Genossen kommunistische Zugennerinnerungen feiern? Es war aber ein Irrthum: Die Einladung sollte an den nationalliberalen Flottenschwärmer, Professor Hase in Leipzig, gehen.

Verbessert à la Vallhorn. In dem für die österreichischen Landschulen bestimmten viertheiligen Lesebuch des k. k. Schulbuchverlages (1897, bearbeitet von Dr. Kummer, Franz Brantky und Maximilian Hofbauer) ist auf literale Veranlassung hin in dem bekannten Gedicht „Ach' immer Treu' und Redlichkeit“ der nachstehende Vers zweckmäßig abgeändert worden:

Dem Biewicht wird Alles schwer,
Er thue, was er thue,
Der Teufel treibt ihn hin und her
Und läßt ihm keine Ruh'.

Bisher war „das Baster“ das treibende Element, nunmehr soll dieses Geschäft wirksamer und nachdrücklicher der Teufel besorgen.

Falschmülzer aus Noth. Vor dem Schwurgerichte in Prag stand eine Wittwe Anna Schleiter mit ihrer achtzehnjährigen Tochter und ihrem achtundzwanzig-jährigen Sohne unter der Anklage der Falschmülzerei. Die Familie hatte, nach dem Tode des Ernährers in die bitterste Nothlage gerathen, gerabzu naive Falschfakte von Zwanzigstücken verfertigt, die die Mutter bei „Kerzelweibern“ bei verschiedenen Kirchen veräußerte. Die Familie war des Thatbüchlichen vollständig geständig. Aus den Darstellungen der Angeklagten, die von den Erhebungen vollständig unterflüßt und bestätigt wurden, ergab sich ein solches Umaß von Noth und Elend, daß bei dessen Schilderung nicht nur das Publikum, sondern auch die Geschworenen und der Gerichtshof selbst sich der Thränen nicht erwehren konnten. Eine zweite Tochter, welche mit einem Offizier verlobt war, hat sich während der monatelangen Entbehrungen aus Verzweiflung das Leben genommen. Die Geschworenen sprachen die Angeklagten einstimmig frei und übergaben der Mutter als Ergebnis einer veranstalteten Sammlung 20 Gulden.

für Dich, köstliche Privilegien für mich und mein Stift, eine Bischofsmütze vielleicht... begreift Du nun?“

„Ich würde das Alles begreifen“, versetzte Dagobert bedächtig, „wenn Wallrade von Sigmund gechicht werden könnte. Ihr vergeßt aber, guter Oheim, daß meine Schwester nur eines Altbürgers Tochter, — daß der Kaiser bereits vermählt ist. Wie reimt sich also, was Ihr sagt?“

Der Prälat spielte ungeduldig mit dem Kreuze auf seiner Brust.

„So alt schon“, sprach er, „und nicht klüger? Ein Weltkind und unbesangener als ein Klosterbruder, der nie aus der Zelle kam? Wie reimt sich denn das? Siehst Du denn nicht ein, daß eines Kaisers, eines verliebten Kaisers Leidenschaft sich nicht an Ring und Priestersegen bindet, daß es unendlich vortheilhafter ist, auf kurze Zeit seine Freundin, als auf ewig seine Gattin sein? Sigmund hat ein weiches, gottesfürchtiges Herz; er liebt es Alles um sich her zufriedener zu sehen, und beginnt unstreitig bei den Blutsfreunden seiner Guldin, wenn sie vorsichtig einwilligen, ihren Bruder- und Oheimnamen als Schild zu Schutz und Trutz vor die verschwiegene Minne halten und durch solche Wache den Kaiser beglücken, bis dieser die Geliebte — der Sache ein Ende zu machen — einem reichen Magnaten als Gattin schenkt. Nun bin ich Dir doch klar genug gewesen, einfältiger junger Mensch!“

„Weiß es Gott“, versetzte Dagobert, sich langsam von dem Oheim losmachend. „Klarer ist das WC nicht; aber ich bin ein ungelehriger, fauler Schüler, der es mit Vorsatz in derlei Dingen nicht einmal bis zu den ersten Buchstaben bringen will; ein Trostspof von Bruder, der einer Wallrade nicht einmal dann etwas verdanken möchte, wenn es mit Ehren geschehen könnte, geschweige hier, wo es sich um eine Sünde handelt, die bei uns zu Frankfurt, — an Bürgerleuten wenigstens — mit Ruthenstreichen, mit Schande und Tod bestraft wird.“

Wallrade thue, was sie vor Gott — thut Ihr, was Ihr vor Eurem Gewissen verantworten müßt;... mich laßt aus dem Spiele. Ich bin zu deutsch, zu dumm, wenn Ihr wollt, um Eure Würfel zu führen. Gute Besserung, Oheim!“

„Was habt Ihr denn, Dagobert?“ fragte Fiorilla stutzend, da er mit flammendem Gesichte aus der Stube trat: „Diese Röthe auf Eurem Gesichte.“

„Ich schäme mich, Base“, antwortete der Jüngling, „der Ohm war so gültig, mich mit seinen Sittenlehren bekannt zu machen, und ich stehe weiter hinter ihm, als ich gedacht. Ich eile, mich zu zerstreuen.“

„Glücklicher!“ seufzte Fiorilla: „ich muß das Haus hüten und sehe nichts von all den Herrlichkeiten, die sich draußen vorbereiten.“

„Ihr sollt wenigstens durch meinen Mund erfahren, was sich alles begab“, erwiderte Dagobert: „so Ihr mir erlaubt, in der zehnten Stunde ungefähr unter Eurem Fenster zu kommen, und ein Viertelstündchen mit Euch zu tosen; denn des Ohms Haus betrete ich vor der Hand nicht mehr.“

„Nicht?“ rief Fiorilla erschrocken: „sagt mir, was ist geschehen?“

„Fiorilla!“ ließ sich der Prälat im Gemache vernehmen.

„Ihr sollt alles wissen“, flüsterte Dagobert. „Um die zehnte Stunde?“ — Fiorilla nickte mit dem Haupte und verschwand.

„Eurem Auftrag habe ich erfüllt, so gut es in meinen Kräften stand“, sprach Gerhard von Hülshofen zu Dagobert, als sie in der Herberge angekommen waren. „Die schönsten Mummienkleider, die der eisgraue Schneider Welkner hatte, stehen Euch zu Diensten, und Ihr habt unter dreien die Wahl bis zur Mittagsstunde. Schaut, da bringt mein Bollrecht just den Bündel in's Haus. Auf Eurer Kammer wollen wir dessen Inhalt belugen.“

(Fortsetzung folgt).